WP-5-729-2 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 729 bis 731 einfügen:
Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. Wir stehen für eine rationale, verhältnismäßige Innenpolitik anstatt Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stellen. Die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wollen wir im Rahmen einer Überwachungsgesamtrechnung fortlaufend überprüfen. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf.